

05/2017

Verkehrsgerichtstag (VGT) Goslar: Keine Fahrtests für Senioren

Nach den Vorstellungen des Verkehrsgerichtstages soll es für ältere Autofahrer vorerst keine verbindlichen Fahreignungstests geben. Es stehe noch eine Risikoabschätzung als Datengrundlage aus. Bis dahin seien Senioren aufgerufen, selbst zu prüfen, ob sie noch fahren können. Es gebe zwar Hinweise, dass ältere Menschen als Kraftfahrer ein zunehmendes Risiko für die Sicherheit im Straßenverkehr darstellen. Aber fest steht noch immer: Senioren verunglücken seltener als die jüngeren Autofahrer. 2015 betrug ihr Anteil an Unfällen mit Personenschäden lediglich 12,9 Prozent.

DBB: Bei Rentenangleichung Ost an West aufs Tempo drücken

„Auch im 27. Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Rentenanpassung von Juli 2016 bleibt der aktuelle Rentenwert Ost niedriger als in Westdeutschland und erreicht nur 94,1 Prozent des West-Wertes“, kritisierte der stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei einer Anhörung am 24.01.2017 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Berlin. Zwar sei zu begrüßen, dass der Gesetzentwurf eine Rentenangleichung in sieben Stufen von 2018 bis 2025 vorsehe, „das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Bundesregierung ihr im Koalitionsvertrag festgelegtes Ziel für die Angleichung um fünf Jahre verfehlt. Hier muss die Regierung aufs Tempo drücken“.

Koblenzer Sozialwissenschaftler: PKV-Versicherung vor dem Ende?

Der an der Koblenzer Hochschule lehrende Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften Stefan Sell sieht in den jüngsten Vorschlägen der Bertelsmann-Stiftung zum beamtenrechtlichen Beihilferecht einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Überwindung des dualen Krankenversicherungssystems, dem Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Würde der übrigens vom DBB entschieden kritisierte Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung umgesetzt, so der Wissenschaftler, wäre das das Ende der privaten Krankenversicherung. Deren schon vor längerem begonnener Zusammenbruch ließe sich ohnehin nicht mehr aufhalten, ist sich Sozialexperte Professor Stefan Sell sicher. DBB und BRH werden alles in ihrer Kraft stehende daran setzen, dass das bewährte und letztendlich für die Steuerzahler kostengünstige Beihilfe und PKV-System auch in der Zukunft erhalten und funktionsfähig bleibt.

Große Koalition will Gesetz gegen manipulierte ärztliche Diagnosen

Viele Krankenkassen ermuntern Ärzte, ihre Patienten auf dem Papier kränker zu machen, das bringt mehr Geld! Gegen die Manipulation von Krankheitsdiagnosen durch Ärzte und Krankenkassen zum beiderseitigen finanziellen Vorteil will die große Koalition in Berlin nunmehr gesetzlich vorgehen. Kassen, die nicht kooperieren, droht künftig ein Zwangsgeld von bis zu 10 Millionen Euro. So hatte zum Beispiel der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse, Jens Baas, im Oktober 2016 die Mogelei zugegeben. Wie aus dem vorliegenden Gesetzentwurf hervorgeht, soll die Abrechnung zwischen Ärzten und Kassen eine „manipulationsresistente Ausgestaltung“ erfahren. Dafür soll „die zusätzliche Vergütung von Diagnosen“, „nachträgliche Diagnoseübermittlung“ und die „Kodierberatung“ der Ärzte durch Krankenkassen verboten werden.

Nun ist es amtlich: Nächste Bundestagswahl am 24.09.2017

Bundespräsident Joachim Gauck hat sich den Vorschlag des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zu eigen gemacht und den 24.09.2017 als Termin für die nächste Bundestagswahl amtlich festgesetzt.